

Ist das Linthgebiet der neue Coronahotspot?

Fallzahlen Der Blick auf die aktuellen Fallzahlen gehörte über Wochen für viele St. Gallerinnen und St. Galler zum Frühstück wie der frische Kaffee. So auch für einen aufmerksamen Werdenberger. Jeden Morgen schaut er sie an und dabei fiel ihm auf: Es gibt einen neuen Hotspot im Kanton – das Linthgebiet. Während im restlichen Kanton die Neuansteckungen zurückgehen, sind sie im Wahlkreis See-Gaster – der Kanton weist die Fälle pro Wahlkreis aus – am Steigen. Weshalb? Gibt es Infektionsnester? Ist der Anstieg auf gewisse Anlässe zurückzuführen?

«Nein», heisst es auf Nachfrage beim Kanton. «Es handelt sich nur um Hypothesen.» Die Fallzahlen seien zu gering. Würden sie nach Altersgruppen angeschaut, so zeige sich: Der Anstieg betrifft vor allem die Altersstufe 0–19 Jahre. Und: Er begann nach den Auffahrtstagen. «In dieser Zeit fanden viele Kinder- und Jugendlager statt», schreibt das Gesundheitsdepartement. «Für Kinder und Jugendliche gelten stark gelockerte Massnahmen. So kann es in dieser Altersstufe auch zu vermehrten Ansteckungen kommen, was grundsätzlich nicht schlimm ist. Kinder und Jugendliche gehören nicht zu den Risikogruppen, für die alle Massnahmen eingeführt wurden.»

Hatte die unbewilligte Kundgebung gegen Coronamassnahmen in Rapperswil-Jona von Ende April mit rund 4000 Personen einen Einfluss? Der Kanton winkt ab: Es sei danach kein Anstieg festgestellt worden. «Im Gegenteil: Anfang Mai sanken die Fallzahlen in der Region.»

Da drängt sich die Frage auf, wie hoch die Aussagekraft solcher regionaler Tendenzen für den Coronazustand des Kantons insgesamt ist? «Im Grundsatz gering», lautet die nüchterne Antwort des Kantons. Das Contact-Tracing nehme mit jeder Person, die an Covid-19 erkrankt ist, Kontakt auf. «Nur in wenigen Fällen kann der Ansteckungsort eindeutig zugeordnet werden. Alle anderen Ansteckungsorte sind und bleiben Vermutungen.» (rw)

ANZEIGE

Wohnen verteuern?

«Wohneigentümer werden mit dem CO₂-Gesetz zu teuren Sanierungsmassnahmen oder dem Einbau eines neuen Heizsystems gezwungen! Diese Zwangsinvestitionen gehen in die Milliarden.»



Roland Rino Büchel
Oberriet,
Vorstandsmitglied
HEV Schweiz und
GL-Mitglied
HEV Kanton St. Gallen,
Nationalrat

Deshalb: **NEIN** zu diesem **CO₂-Gesetz!**

HEV Kanton St. Gallen
HEV Kanton St. Gallen
Poststrasse 10, 9001 St. Gallen
www.hev-sg.ch

SVP lehnt Ausländerstimmrecht ab

Die St. Galler Regierung begrüsst die Motion der Grünen. Die SVP hält dagegen und rechnet mit CVP und FDP.

Marcel Elsener

Die Motion der Grünen unter dem Titel «Mehr Demokratie wagen» verspricht nächste Woche im St. Galler Kantonsrat eine lebhaft Diskussion: Das darin geforderte Ausländerstimmrecht auf kommunaler Ebene ist umstritten, wie erste Positionsbezüge der Parteien zeigen. Kaum ein Thema sein dürfte das von den Grünen ebenfalls angestossene kantonale Stimmrecht für Jugendliche ab 16 Jahren, das die Regierung ablehnt.

Hingegen unterstützt die Regierung ein freiwilliges Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene, wie es die Nachbarkantone Appenzell Ausserrhoden und Graubünden bereits kennen. Die Teilhabe an der politischen Mitbestimmung sei «eine wichtige und nachhaltige Integrationsmassnahme» und stärke den Kanton als Ganzes, meint die Regierung. Sie möchte die Motion gutheissen, wenn auch mit Rahmenbedingungen wie einer Mindestaufenthaltsdauer oder einem Bürgerdienst, wie ihn ein Postulat im Bundesparlament zwecks Stärkung des Milizsystems fordert.

SVP sieht «kostbares Gut» Stimmrecht missbraucht

Für die SVP kommt das nicht in Frage. Man sei überrascht, schreiben die SVP-Fraktionschefs Christoph Gull und Sascha Schmid (Vize) in einem Communiqué, dass die Regierung, «zusammengesetzt in der oft genannten bürgerlichen Mehrheit», die Motion der Grünen für ein Ausländerstimmrecht unterstütze. Die SVP lehne dies klar ab und frage sich, «ob die Regierung den Kompass verloren hat». Beim Stimmrecht in



Vorstösse für das Ausländerstimmrecht haben es schwer: Der Kanton Bern lehnte es ab. Bild: Samuel Thoni

der Schweiz handle es sich «um ein sehr kostbares Gut», weil es viel weiter gehe als in anderen Ländern. «Bereits heute können sich gut integrierte Ausländer einbürgern lassen und an den damit zusammenhängenden Rechten und Pflichten teilhaben», meint die SVP. Dabei seien die Anforderungen für Einbürgerungen gesenkt worden, etwa für die dritte Ausländergeneration («Terzos») und im Nachtrag zum Gesetz über das St. Galler Bürgerrecht.

«Dass die Regierung das Ziel der sozialen Integration zur Begründung einer Ausweitung des Stimmrechts missbraucht, ist fragwürdig», heisst es weiter. «Die Integration in eine Gesellschaft erfolgt nicht über das Stimmrecht, sondern durch langjährigen Kontakt mit der lokalen Bevölkerung, die Arbeit

und die Aneignung der Sprache sowie geltender Gesetze und Sitten. Dies zeigt sich auch in jenen Schweizer Gemeinden, die ein Ausländerstimmrecht kennen und dieses nur von einer kleinen Minderheit wahrgenommen wird.» Nicht zu unterschätzen seien die Sprachbarrieren, so die SVP: «Wie soll sich ein Ausländer mit schlechten Deutschkenntnissen einen Überblick über komplexe Abstimmungsvorlagen verschaffen?»

Die Mitbestimmungsrechte erst nach erfolgreicher Integration und Einbürgerung zu gewähren, mache auch staatspolitisch Sinn. «Es kann nicht sein, dass Ausländer ohne klare Anforderungen an Aufenthaltsdauer und Sprachkenntnisse stimmfähig werden», schreiben Gull und Schmid. «Ersteres gefährdet, dass Ent-

scheidungen im langfristigen Interesse der Gemeinde gefällt werden; Letzteres würde bedeuten, dass auch Personen, welche keine Amtssprache sprechen, stimmfähig werden.» Oder, wie es die SVP polemisch zuspitzt: «Es kann nicht das Ziel einer Stimmrechtsrevision sein, dass die Gemeinden letztendlich Abstimmungsunterlagen auf Albanisch, Arabisch und Englisch anbieten müssen.»

FDP und CVP eher dagegen, SP glasklar dafür

Solche Anforderungen wie eine Mindestaufenthaltsdauer – Ausserrhoden schreibt zehn Jahre in der Schweiz und fünf Jahre im Kanton vor – schlägt die Regierung zur Gutheissung der Motion vor. Die SVP will sich darauf nicht einlassen, wie Fraktionschef Gull sagt: «Im Moment ver-

treten wir die grundsätzliche Gegenposition, da gibt es nicht viel Diskussionspielraum.»

So klar und geschlossen wie in der SVP dürfte die Ablehnung in den anderen bürgerlichen Parteien nicht sein, doch hat es die Motion bei FDP und CVP schwer. Zwar behandeln beide Fraktionen den Vorstoss erst in der Sitzung am Sessionsmontag. Er gehe nicht davon aus, dass die FDP das Anliegen der Motionäre unterstützen werde, meint FDP-Fraktionssekretär Christoph Graf. «Das deuten auch erste bilaterale Gespräche an. Zudem wurde eine entsprechende Forderung bei der letzten Überarbeitung des Positionspapiers der Partei in einem frühen Stadium verworfen.» Ähnlich klingt es von Seiten der CVP: «Ohne der Fraktion vorzugreifen, ist die Stimmung eher kritisch gegenüber der Einführung des Ausländerstimmrechts auf Kommunalebene», sagt CVP-EVP-Fraktionssekretär Pius Bürge.

Ganz anders die SP: Sie wird die Motion laut Fraktionschefin Bettina Surber unterstützen. Den Gemeinden diese Möglichkeit einzuräumen, sei «längst überfällig» und «ein sehr kleiner Schritt in die richtige Richtung»; die SP hoffe auf breite Unterstützung im Rat. «Es ist unbegreiflich, dass Menschen, die hier leben, die hier arbeiten, zum Wohlstand unserer Gesellschaft beitragen und Steuern bezahlen, am Ende nicht einmal auf Gemeindeebene mitbestimmen dürfen», sagt Surber. Mit der Mitwirkungsmöglichkeit sei es aber noch nicht getan. «Die effektive Gleichstellung erfolgt über die Einbürgerung. Hier sind die Hürden im Kanton viel zu hoch.»

Waffenexporte: Mitte-Ständeräte sind uneins

Der Ständerat zieht die Schraube bei den Waffenexporten an. SP und Grüne setzen sich durch – mit Hilfe der Mitte.

Die Schweiz darf keine Waffen an Bürgerkriegsländer liefern, und auch nicht an Staaten, welche die Menschenrechte systematisch verletzen. Das verlangen SP, Grüne, GLP, EVP und BDP mit der «Korrektur-Initiative».

Dieser Grundsatz war unbestritten, als der Ständerat am Donnerstag die Volksinitiative und den indirekten Gegenvorschlag behandelte. Lisa Mazzone (Grüne/GE) – sie ist Co-Präsidentin im Initiativkomitee – stellte in Aussicht, dass die Initiative allenfalls zurückgezogen werde, wenn der Gegenvorschlag gut genug sei. Das bedeutet für die Initianten vor allem: Die Ausnahmeklausel muss weg. Diese Klausel sieht vor, dass der Bundesrat von den Bewilligungskriterien für Waffenexporte abweichen darf, wenn «ausserordentliche Umstände» vorliegen und «die Wahrung der Interessen» der Schweiz dies erfordern. Die Sicherheits-

politische Kommission des Ständerats wollte mehrheitlich an diesem Artikel festhalten. Brigitte Häberli-Koller (Die Mitte/TG) sagte, es sei wichtig, dass der Bundesrat eine gewisse Flexibilität erhalte, um die Ausfuhrpolitik für Kriegsmaterial an «sich ändernde aussen- und sicherheitspolitische Gegebenheiten» anzupassen.

Häberli: «Weltlage ist unsicherer geworden»

Die Ausnahmebestimmung erlaube es, «eine an die Bedürfnisse der Schweizer Landesverteidigung angepasste industrielle Kapazität aufrecht zu erhalten», sagte Häberli. Die geopolitische Lage sei leider wieder unsicherer geworden. Klar sei aber, dass der Bundesrat von den Bewilligungskriterien wirklich nur ausnahmsweise abweichen dürfe. Die Ausnahmefälle dürften nicht gegen das Völkerrecht und die Grundsätze der schweizerischen Aussenpolitik verstossen. Gerade in der Mitte ist dieser

Punkt allerdings umstritten: Der Antrag, die Ausnahmeklausel zu streichen, stammte von Andrea Gmür (LU). Am Ende gewannen die Skeptiker die Abstimmung: Mit 22 zu 20 Stimmen bei 2 Enthaltungen entschied der Ständerat, die Ausnahmeklausel zu kippen.

Damit hatte selbst die Linke nicht gerechnet. «Überraschend» sei das Resultat, kommentiert Paul Rechsteiner (SP/SG). FDP und SVP hatten für die Ausnahmeregelung gestimmt, so auch Andrea Caroni (FDP/AR) und Jakob Stark (SVP/TG).



Brigitte Häberli-Koller, Thurgauer Mitte-Ständerätin. Bild: Tobias Garcia

In der Mitte war Brigitte Häberli als Befürworterin jedoch in der Minderheit. Die meisten Mitte-Ständeräte schlugen sich auf die Seite von SP und Grünen und lehnten die Ausnahmeregelung ab, so auch Benedikt Würth (SG) und Daniel Fässler (AI).

Würth und Fässler stimmen gegen Ausnahmeklausel

«Der Ausnahmetext liesse dem Bundesrat einen zu grossen Spielraum», sagt Benedikt Würth auf Anfrage. «Damit würde es sehr einfach, die Bewilligungskriterien zu übersteu-



Innerrhoder Mitte-Ständerat Daniel Fässler. Bild: KEY

ern.» Eine derart grosszügige Ausnahmeregelung ergebe keinen Sinn – «darum ist es richtig, dass wir sie gestrichen haben». Ähnlich äussert sich Daniel Fässler: «Der Gegenvorschlag sieht einen sehr umfassenden Katalog an Bedingungen und Einschränkungen für Kriegsmaterialexporte vor. Dies begrüsse ich.» Wenn aber das gleiche Gesetz einen Artikel enthalte, der dem Bundesrat mit offen formulierten Klauseln die Kompetenz gebe, von diesen Kriterien dann doch abzuweichen, dann gehe das Konzept nicht auf. «Ich hätte damit leben können, wenn präzise formuliert wäre, unter welchen Umständen solche Ausnahmen erlaubt sind.» Das sei aber nicht der Fall – «darum habe ich diesen Artikel abgelehnt.»

Als nächstes muss sich der Nationalrat mit der Initiative und dem Gegenvorschlag befassen.

Adrian Vögele